

Nutzung der Rheininseln weiter im Gespräch

„Sändchen“ und „Kisselwörth“ erneut in Nackenheimer Ortsgemeinderat

1.7.77

m. Nackenheim. - Die Auswirkungen der einstweiligen Sicherstellung der Rheininseln Kisselwörth und Sändchen insbesondere hinsichtlich der weiteren Naherholung, des Badebetriebes, die Arbeit der DLRG, die Nutzung des Inselhauses sowie die Durchführung der Insel-feste nannte die Freie Wählergruppe in jüngster Sitzung des Ortsgemeinderates in der Carl-Zuckmayer-Schule. Ratsmitglied Eugen Stolle führte aus, die einstweilige Sicherstellung sei ein befristeter Vorläufer einer Rechtsverordnung über ein Naturschutzgebiet. Nach dem Landespflegegesetz könne die Behörde eine einstweilige Sicherstellung vornehmen, wenn zu befürchten sei, daß durch Eingriffe in die Landschaft der Zweck der beabsichtigten Maßnahme beeinträchtigt würde.

Dies entbehre jeder sachlichen Grundlage, weil niemand einen Eingriff habe vorgenommen habe oder dies beabsichtigt sei. Die Verordnung sei ohne Widerspruch hingenommen worden, obwohl eindeutige Beschlüsse des Rates dagegen sprechen.

Nach Auffassung der FWG hat die Verordnung einschneidende Auswirkungen auf die Nutzung der Inseln. Die Ausdehnung des Strandbades auf die frühere Größe sei nicht mehr möglich, weil keine Veränderung mehr vorgenommen werden dürfe. Dies gelte auch für die Erweiterung der Toilettenanlagen und die Zuwegung. Eine Begehung der Inseln sei nur auf Wegen möglich. Diese seien fast alle zugewachsen und das Entfernen wildwachsender Pflanzen sei verboten. Beim Inselhaus, das der Gemeinde gehöre, trete eine Wertminderung ein, weil jede bauliche Veränderung nicht mehr statthaft sei. Das Verbot mit einem Fahrzeug auf der Insel Kisselwörth zu fahren, mache die Insel-feste fast unmöglich, weil der Transport von Getränken und anderer notwendiger Materialien fast unmöglich sei.

Eine künftige Bekämpfung der Schnakenplage sei ebenfalls unmöglich. Die Verfüllung der künstlich angelegten Tümpel wäre nicht mehr möglich, weil dies Hauptbrutstätten der Schnaken seien. Sachlich sei die Unterschutzstellung unbegründet. Nach den Untersuchungen des Bundesamtes habe die Insel für die Pflanzenwelt keine Bedeutung. Bezüglich der Vogelwelt habe sie nur lokale Bedeutung. Die bisherige Nutzung habe keinerlei Nachteile sowohl für die Pflanzen, als auch für die Vogelwelt gebracht. Die Abstände vom Strandbad bis zu dem Gebiet,

wo sich die Vögel aufhielten, seien zwischen 200 und 600 Meter. Die neue Umgehungsstraße, die eine erhebliche Geräuschkulisse darstellen werde, sei dagegen nur 50 bis 200 Meter entfernt. Als fast unmöglich bezeichnete Eugen Stolle die Drohung der Umweltschutzverbände, wenn die Rheinauen durch die Regierung nicht unter Schutz gestellt würden, dann erfolge die Gründung einer neuen Partei. Gemeinsam sollten nun alle Möglichkeiten ergriffen werden, die Unterschutzstellung zu verhindern.

Bürgermeister Gerhard Krämer erwiderte, die Verwaltung habe nach Bekanntwerden der Verordnung über die Sicherstellung sofort protestiert. Das einzige was in dieser Sache möglich sei, sei ein Normenkontrollverfahren. Ob dies allerdings sinnvoll sei, stehe auf einem anderen Blatt. Dies sei Sache der Gemeinde. Gegenwärtig laufe gegen die Verordnung ein Verfahren. Die Gemeinde

habe für beide Inseln, weil sie Planungshoheit habe, einen Bebauungsplan aufgestellt. Die Träger öffentlicher Belange würden demnächst gehört. Ratsmitglied Wolfram Schumacher hob hervor, der Rat müsse verhindern, daß man wegen der Rheininseln von einem in den anderen Beschluß purzele. Auch dürfe man nicht nur reden, sondern tatsächlich etwas unternehmen. Grundsätzlich sei die SPD der gleichen Meinung, wie die FWG.

Ortsbürgermeister Willi Wöll betonte, die Gemeinde habe in dieser Angelegenheit schon vieles unternommen. Es gebe auch wieder Licht auf der Insel. Die Firma habe bereits den Auftrag, nach der fertigen Aufschüttung der Umgehungsstraße die Leitung zu installieren. Man habe auch in Aussicht gestellt, daß weiterhin Feste veranstaltet werden dürften. Die ganze Angelegenheit werde in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses weiter behandelt.